



Philologenverband Niedersachsen
Sophienstr. 6
30159 Hannover

Tel. 05 11/3 64 75-0
Fax 05 11/3 64 75-75
Web www.phvn.de
eMail phvn@phvn.de

Verantwortlich:
Helga Olejnik

Philologenverband warnt vor fatalen Folgen der Arbeitszeiterhöhung für Lehrer

Junge Philologen: Rot-Grün bringt uns „berufliche Perspektivlosigkeit“

„Ohne gerechte Arbeitszeitregelung wird es keine Ruhe mehr geben“

Vor der abschließenden Beschlussfassung des Landtages über den Haushalt hat der Philologenverband Niedersachsen noch einmal vor den fatalen Folgen der von Rot-Grün beabsichtigten Arbeitszeiterhöhung der Lehrkräfte gewarnt.

„Die Abgeordneten von SPD und Grünen müssen wissen, ob sie wirklich Ja sagen wollen zu einer sachlich ungerechtfertigten Arbeitszeiterhöhung für Gymnasiallehrer und damit zu dem Bruch früher gegebener Zusagen“, erklärte der Vorsitzende des Philologenverbandes, Horst Audritz. Dadurch würden die Abgeordneten auch allein an den Gymnasien über 1000 Lehrerstellen für den Unterricht überflüssig machen und damit auch die beruflichen Chancen unzähliger junger Lehrer „ausradieren“, die ihre Berufswahl im Vertrauen auf die intensive Werbung des Landes, Gymnasiallehrer würden dringend gebraucht, getroffen hätten, erklärte der Vorsitzende des Philologenverbandes, Horst Audritz.

In einem Schreiben hat sich daher auch der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Jungen Philologen, Frank Tegeler, schriftlich an alle Abgeordneten von SPD und Grünen gewandt und eindringlich appelliert, von den beabsichtigten Maßnahmen zur Lehrerarbeitszeit Abstand zu nehmen, „um uns junge Menschen nicht in die Perspektivlosigkeit und das berufliche Aus zu schicken“. Das Vorhaben der Landesregierung, so fasste Tegeler die explosive Stimmung an den Studienseminaren und den Hochschulen zusammen „erfüllt uns mit tiefer Sorge und Angst um unsere berufliche Zukunft und macht uns zornig“.

Heftige Kritik übte der Philologenverband in diesem Zusammenhang an der Parole, die Erhöhung der Arbeitszeit für Gymnasiallehrer sei zur Finanzierung der von Rot-Grün propagierten Bildungsoffensive „alternativlos“. Verbandsvorsitzender Audritz erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass das Wort „alternativlos“ im Jahr 2010 zu Recht zum Unwort des Jahres gewählt worden sei, weil es „sachlich unangemessen suggeriere, dass es bei einem Entscheidungsprozess von vornherein keine Alternativen und damit auch keine Notwendigkeit“ gebe, andere durchaus bestehende Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen.

Nach diesem Muster habe die Landesregierung argumentiert und entsprechend überhaupt keine ehrliche und sachgerechte Diskussion geführt. Dies zeige sich auch, so Audritz, in den vielen Veranstaltungen, die der Philologenverband in diesen Tagen und Wochen landesweit durchführe. Manch rot-grüne Abgeordnete würden dabei den Lehrern in ihrem berechtigten Protest unverhohlen zustimmen und die fatalen Auswirkungen auf Schule ebenfalls sehen; dennoch würden sie glauben, gegen die Lehrer stimmen zu müssen, weil es der Fraktionszwang so von ihnen verlange und vermeintlich nur so die von der Landesregierung propagierte „Bildungsoffensive“ finanziert werden könne. „ Es gibt immer Alternativen, die aber endlich ernsthaft in den Blick genommen und offen und ehrlich diskutiert werden müssen“, betonte Audritz.

In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass es inzwischen Zeichen der Hoffnung gebe. So habe etwa der Ortsverein Verden der SPD „die nachvollziehbaren Forderungen der Lehrer“ unterstützt und an die Fraktionsführung appelliert, die geplanten Beschlüsse zur Lehrerarbeitszeit zurückzunehmen. „Wir wissen“, so Audritz, „dass es an der Basis von Rot-Grün gärt und dass auch viele Abgeordnete für den Konfliktkurs der Regierungsspitze nicht gern den Kopf hinhalten wollen.“ Interessanterweise würde darüber in den Medien aber kaum berichtet, obwohl diese Unruhe an der Basis vielfach, wie in Verden, schon erhebliche politische Dimensionen habe.

Audritz appellierte abschließend erneut eindringlich an Rot-Grün, endlich ernsthaft in die längst überfällige offene Diskussion einzutreten und zu sachgerechten Lösungen zu kommen, ohne die es keine Ruhe mehr in den Schulen geben werde.

Hannover, 08.12.2013